

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 25 (1931)
Heft: 5

Rubrik: Rundschau : Monatsschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Hölle („der Hölle lautes, schrecklichstes Hohngelächter ist der Krieg“, sagt ja Klopstock) und kann nur Hölle wirken.

Darum ist doch richtig, ihm mit dem „Nie wieder Krieg!“ zu begegnen, ihm das *Absolute* entgegen zu stellen und diesem zuzutrauen, daß es auch stärker sei, als aller Mißbrauch, als „groß Macht und viel List“. Wir sollen die Folgen bedenken, soweit wir können, aber unser Können reicht nicht weit. Der Blick des Absoluten jedoch reicht bis ans Ende. Alles kommt darauf an, daß wir uns wirklich mit *ihm* verbinden, nicht bloß mit unseren schwärmerischen Gedanken und phantastischen Einbildungen. Dann aber nimmt es die Folgen auf sich. Und wir dürfen uns auf es *verlassen*. Der Krieg ist heute der Moloch, der die Welt verschlingen will, diesem Moloch ist nur eine vollkommene Abgabe gewachsen, eine Abgabe im Namen des lebendigen Gottes. Er weiß, wie man Götzen stürzt, auch wenn sie noch so raffiniert sind. Jedenfalls soll man vor diesen nicht *Angst* haben.

Doch kommen wir damit wieder darauf hinaus, daß zuletzt Glaube gegen Glaube steht, Wagnis des Glaubens gegen Wagnis des Glaubens. Ich möchte aber doch noch einmal feststellen, daß das Objekt des Streites zwischen Förster und uns nun doch viel kleiner geworden ist. Es handelt sich *praktisch* nur noch um das Problem der deutschen Gefahr, also „grotesker Weise“ (um einen Försterschen Ausdruck zu brauchen), um eine Sache, worin wir besonders stark *einig* sind! Jedenfalls muß all den Nutznießern der Försterschen Haltung gesagt werden, daß es sich *darum* handelt. Will die „Zürcher Post“, dieses willige schweizerische Sprachrohr des deutschen Militarismus und Nationalismus, und andere, verwandte Blätter, wirklich mit Förster gehen? Wenn nicht — wie sich von selbst versteht — dann ist es eine Lüge, wenn sie ihren Lesern diese Sachlage verschweigen.

Und noch eins muß ihnen allen gesagt werden, alldeutschen und andern, weltlichen und frommen: Förster schreibt wörtlich: „Ich bin und bleibe Antimilitarist,“ und ein andermal: „Antimilitarismus, ja, unbedingt“ — nur mit jener Einschränkung in Bezug auf das deutsche Problem. Wieder frage ich: Werden jene Nutznießer die Ehrlichkeit haben, auch dies ihren Lesern mitzuteilen? Wir werden aufpassen!

Leonhard Ragaz.



Rundschau



Monatschau.

Es ist, als ob die Geschichte sich manchmal wie eine weise Lehrerin anstelle, die der menschlichen Kinderfamilie jeweilen ein besonderes Thema aufgibt, an das sie sich machen soll, statt sie gleichzeitig mit einer Anzahl von solchen in

Anspruch zu nehmen. So steht jetzt, mit gutem Grunde, für den abendländischen, speziell den europäischen Völkerkreis, in Bezug auf

1. die Weltpolitik

im Mittelpunkt der Gedanken die sogenannte *Zollunion*. Mit gutem Grunde, habe ich gesagt. Wenn es so viele Leute gibt, die erklären, nicht begreifen zu können, warum über eine einfache, doch von vornherein begrüßenswerte Zollabmachung so viel Aufregung entstanden sei, so beweist das, soweit es ehrlich ist, bloß, daß es den Betreffenden völlig am Blick und Augenmaß für die Tragweite politischer Vorgänge fehlt. Denn der Zusammenschluß von Deutschland und Oesterreich ist eine Sache von ganz außerordentlicher Bedeutung für die Zukunft Europas und für den Weltfrieden.

Denn daß es sich um diesen Zusammenschluß handelt, und zwar auch um den politischen, ist trotz aller Ablehnungs- und Verschleierungsversuche so selbstverständlich als möglich. Auch wenn er, was ganz unwahrscheinlich ist, nicht in der Absicht der gegenwärtigen Akteure läge, so liegt er doch in der Logik der Dinge. Eine so enge wirtschaftliche Verbindung zwischen zwei Ländern, die im übrigen so zu einander stehen, wie Deutschland und Oesterreich, führt mit Notwendigkeit auch zur politischen Vereinigung. Es ist dabei zu bedenken, daß ja seit mehr als einem Jahrzehnt eine nieaufhörende Agitation im Dienste jenes politischen Anschlusses vor sich geht, daß er auf dem Programm nicht nur der österreichischen Alldeutschen, sondern auch der dortigen Sozialdemokratie steht und von einem Mann wie Löbe, dem sozialdemokratischen Präsidenten des deutschen Reichstages und vielen andern innerhalb und außerhalb seiner Partei mit apostolischem Eifer propagiert wird, daß er auch schon praktisch auf verschiedenen Linien durchgeführt ist und nur noch der Besiegelung durch ein *fait accompli* harret. Es heißt der Naivität der Menschen allzuviel zumuten, wenn man von ihnen verlangt, sie sollten hinter der Zollunion nicht auch den politischen Anschluß sehen. Nur völlig Urteilslose oder solche, die sich gern betrügen lassen, können den wahren Sachverhalt übersehen und verkennen, wo in diesem Kampf das eigentliche Problem liegt.

Der Anschluß aber in seinem politischen Sinne ist auf dem Boden der heutigen politischen Verhältnisse etwas Unmögliches. Er bedeutet einen völligen Rückfall in die imperialistische Machtpolitik mit allen ihren Konsequenzen. Wenn er gelänge, so wäre seine Frucht eine deutsche Hegemonie über Europa. Eine solche aber ließen sich andere Völker, vor allem Frankreich und die Kleine Entente, auch Polen, nicht gefallen. Wir hätten die Scheidung Europas in zwei feindliche Lager und als Ende mit Sicherheit den neuen Krieg und den gemeinsamen Untergang in einer Katastrophe. Denn gelingen in einem endgültigen Sinne kann dieser Plan nicht. Die Zeit für *diese* Politik ist vorbei. Dieser Weg ist geschichtlich versperrt — wer ihn doch gehen will, endigt im Abgrund.

Selbstverständlich ist eine französische Hegemonie ebenfowenig zu wünschen als eine deutsche. Aber ich glaube, ihr seien die nötigen Schranken auch gesetzt. Mein Föderalismus kennt *keine* Hegemonie. Aber ich kann auch nichts Gutes darin finden, wenn Deutschland nachträglich den Weltkrieg gewönne. Denn das würde in ihm nur den nationalistischen Geist und den Kriegsglauben stärken, was sein Verderben würde.

Es ist überhaupt von ferne nicht etwas „deutschfeindliches“ in dieser Auffassung. Sie ist nach meinem Verständnis für einen Sozialisten und Pazifisten — um diese Schlagwörter zu brauchen — die einzig mögliche. Ein solcher kann, wenn er nicht im Grunde *andern* Zielen dient — vielleicht ohne sich dessen selbst bewußt zu sein — nicht für eine Politik sein, wie sie dem Anschluß zugrunde liegt, eine Politik des Nationalismus und Imperialismus, eine Politik der Großmachtgebilde und der nationalistischen Zertrennung Europas. Er muß für ein föderiertes Europa sein. In einem solchen käme aber Deutschland wahrhaftig nicht zu kurz, im Gegenteil: erst in einem solchen käme es zu einer neuen Atemfreiheit, Blüte und Geltung. Das Nationalitätenprinzip, nach welchem Völker,

die die gleiche Sprache sprechen, auch im gleichen Staate verbunden sein müßten, gereicht Deutschland keineswegs bloß zum Vorteil. In seinem Namen hat man das polnische Oberschlesien von ihm losgerissen; ich darf daran erinnern, daß ich seinerzeit dagegen heftig protestiert habe.¹⁾ In seinem Namen darf man den Korridor festhalten, der einst von einer in der Mehrheit polnischen Bevölkerung bewohnt war und es jetzt wieder ist. In einem föderierten Europa würden nicht nur die wirtschaftlichen, sondern mit der dazu notwendig gehörenden vollkommenen religiösen, kulturellen und nationalen Autonomie auch die politischen Grenzen im heutigen Sinne fallen. Dann wäre auch der Anschluß verwirklicht, aber auf einem neuen Boden. Dieser Anschluß erweiterte sich aber, immer in diesem neuen Sinne verstanden, und führte sowohl zu einem „Mitteleuropa“ als auch zu einem „Dritten Reich“, die ganz anders wären, als das Mitteleuropa Naumanns und das „Dritte Reich“ Hitlers (man verzeihe diese Zusammenstellung!), aber sehr viel schöner als diese, und die noch dazu den Vorzug hätten, *möglich* zu sein, keine utopischen Träume zu sein, sondern geschichtliche Notwendigkeiten.

Man muß sich also aus pazifistischen und sozialistischen, aus europäischen und nationaldeutschen Gründen dem Anschluß in dieser veralteten, schlechten, kurzfristigen Form widersetzen. Wenn man dagegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker anführt, so ist das eine Redensart ohne Sinn. Denn dieses Recht der Selbstbestimmung hatte doch ganz offenkundig den Zweck, Völkern, die ihre nationale *Unabhängigkeit* erstrebten, diese zu ermöglichen und wird lächerlich, wenn man es dazu verwenden will, den *Verlust* derselben zu rechtfertigen. Aber es ist überhaupt eine Formel von problematischem Wert. Sie hängt enge mit jenem Götzendienst des „Nationalen“ und der „Souveränität“ zusammen, den zu überwinden jetzt unsere Aufgabe ist. Jedenfalls ist es keine *sozialistische* Formel. Der Sozialismus kann auch im Völkerleben nicht die *Willkür* begünstigen, sondern muß neue *Bindungen* fordern, und muß das gerade um einer neuen *Freiheit* willen tun. Das Selbstbestimmungsrecht aber, wie es heute vielfach verstanden wird, ist Manchesterismus in der Politik, ist *laissez faire, laissez aller*. Wenn gerade ein gewisser Sozialismus am falschen Orte mit dieser Formel hantiert, so beweist er damit nur aufs neue seinen Abfall von Kern und Wesen alles Sozialismus. Freilich wirkt dabei ein Element mit, das besonders dem Marxismus eingestiftet scheint: die Vorliebe für den Zentralismus und für imperialistische Gebilde, die sozialistisch umgedeutet werden, aber dieses Element ist eben ein Tropfen falschen Blutes im Körper des Sozialismus.

Mit alledem will ich natürlich nicht sagen, daß man die Zollunion oder den politischen Anschluß mit Gewalt verhindern soll. Die Rechtslage zwar scheint mir eindeutig zu sein.²⁾ Aber es wäre falsch, wenn man ein solches Problem

¹⁾ Ich möchte in diesem Zusammenhang auch daran erinnern, daß ich auch die Wegnahme der deutschen *Kolonien* für ein großes Unrecht, einen Raub und Gewaltakt schlimmster Art halte und immer gehalten habe. Ob nicht ein *Glück* für Deutschland ist, sie verloren zu haben, ist eine andere Frage. Aber man müßte es jedenfalls ihm überlassen, sich zur Kolonialfrage so zu stellen, wie es ihm richtig schiene.

²⁾ Im Artikel 80 des Versailler Vertrages heißt es:

„Deutschland erkennt die Unabhängigkeit Oesterreichs innerhalb der durch Vertrag zwischen diesem Staate und den alliierten und assoziierten Hauptmächten festzusetzenden Grenzen an und verpflichtet sich, sie unbedingt zu achten; es erkennt an, daß diese Unabhängigkeit unabänderlich ist, es sei denn, daß der Rat des Völkerbundes einer Abänderung zustimmt.“

Im Artikel 88 des von Oesterreich unterzeichneten Vertrages von St. Germain heißt es:

„Die Unabhängigkeit Oesterreichs ist unabänderlich, es sei denn, daß der Rat des Völkerbundes einer Abänderung zustimmt. Daher übernimmt Oesterreich die Verpflichtung, sich, außer mit Zustimmung des gedachten Rates, jeder

rein juristisch oder gar durch die Mittel der Gewaltpolitik lösen wollte. Vielmehr kann es dafür nur *einen* Weg geben, eben den angedeuteten: den in die europäische Föderation hinein.

Man behauptet nun etwa, das sei auch die Meinung von Curtius und Schöber, und man betont, daß es die *Not* gewesen sei, die sie zu ihrem Schritt getrieben habe, vor allem die verzweifelte ökonomische Not. Sie hätten einfach nicht mehr länger abwarten und zusehen, sondern einmal einen wirklichen Schritt tun wollen. Ich bezweifle sehr, daß wirklich dieses Motiv entscheidend war. Es handelte sich wohl mehr um die Gewinnung von nationalem, ja nationalistischem Prestige und was auf *dieser* Linie liegt. Vielleicht stehen auch Pläne im Hintergrund, die merkwürdigerweise niemand zu ahnen scheint, die aber sehr vielen Deutschen nicht gerade Freude machten, wenn sie dieselben erführen. Man wird das mit der Zeit ja sehen.

Aber wie dem auch sei, so steht Eines fest: Der *wirklichen* deutschen und österreichischen Not muß Hilfe begegnen: ökonomische, politische und andere. Diese Hilfe liegt, nochmals sei's gesagt, in einer neuen Gestaltung der europäischen Völkergemeinschaft, die dieses Wort, das heute ein Hohn ist, zu einer wirklichen und erfreulichen Tatsache macht. Dazu sei nur noch ein zweites bemerkt: Deutschland selbst, es vor allem, muß dazu einen notwendigen Beitrag leisten: eine völlige Veränderung in der politischen und geistigen Haltung seiner führenden Kreise. Darüber vielleicht ein andermal mehr!

Wir dürfen doch den Glauben festhalten, daß, mit oder ohne den Willen ihrer Urheber, die österreichisch-deutsche Aktion jenem Größeren und Besseren zutriebe, das wir hoffen müssen. Zwar ist die Erregung besonders in Frankreich und der Tschechoslowakei groß, und sie hat besonders in den Reden von Benesch und Doumergue, aber auch in der ersten von Briand, Ausdruck gefunden und sich bis zur Forderung einer Wiederbesetzung von Mainz gesteigert. Das Briandsche Gegenprojekt ist ebenfalls eine Frucht dieser ersten Erregung. Auf der deutschen Seite erfolgte dann eine neue Anmeldung der Revision, zunächst des Youngplanes, aber mit dem Hintergrund weiterer Forderungen. Es scheint sich hier deutlich jene sogenannte außenpolitische nationale Aktion abzuzeichnen, welche die Regierung Brüning als Ergänzung ihrer innerpolitischen ja schon lange in Aussicht gestellt hat. Sie steht natürlich mit der Gesamtbewegung des Revisionismus im engsten Zusammenhang und verliert sich auf der einen Seite in den italienischen, auf der andern in den russischen Hintergrund.

Das sind keine hellen Aussichten. Inzwischen aber ist die französische Kammerdebatte erfolgt. Den glänzenden Sieg Briands bin ich nicht geneigt, als etwas

Handlung zu enthalten, die mittelbar oder unmittelbar auf irgendwelchem Wege, namentlich im Wege der Teilnahme an den Angelegenheiten einer anderen Macht, diese Unabhängigkeit gefährden könnte."

Oesterreich hat dann im Jahre 1922, als es eine internationale Anleihe erhielt, sich wie folgt verpflichtet:

„Die Regierung der Republik Oesterreich verpflichtet sich, gemäß dem Wortlaute des Artikels 88 des Vertrages von St. Germain, ihre Unabhängigkeit nicht aufzugeben; sie wird sich jeder Verhandlung und jeder wirtschaftlichen oder finanziellen Bindung enthalten, welche geeignet wäre, diese Unabhängigkeit direkt oder indirekt zu beeinträchtigen. Diese Verpflichtung läßt Oesterreich unter Wahrung der Bestimmungen des Vertrages von St. Germain seine Freiheit in Bezug auf Zolltarife, Handels- und Finanzabkommen und im allgemeinen hinsichtlich aller, sein Wirtschaftssystem und seine Handelsbeziehungen betreffenden Angelegenheiten. Vorausgesetzt ist jedoch, daß Oesterreich seine wirtschaftliche Unabhängigkeit nicht dadurch antastet, daß es irgendeinem Staate ein Sondersystem oder ausschließliche Vorteile zugesteht, die geeignet wären, diese Unabhängigkeit zu gefährden.“

zu nehmen, worauf man Häuser bauen dürfte.¹⁾ Man stellt oft jemandem, den man gern los sein möchte, ein glänzendes Zeugnis aus. Vielleicht soll er ins Elysee (Elysium) hineinbugliert werden, damit ein Energischerer ans Steuer der Außenpolitik komme. Aber ein erfreuliches Symptom scheint diese Debatte doch zu sein. Sie war doch von einem Geist beseelt, den man einen *neuen* nennen könnte. Und bevor diese Monatschau gedruckt ist, beginnt das große Ringen in Genf. Diesmal könnte es Ernst werden. Alle guten Geister müssen helfen, daß dort alles auf den *rechten* Weg komme.

Im engsten Zusammenhang mit dem Kampf um die Zollunion steht wohl der um die sogenannte *Flottenverständigung*. Denn es ist Zehn gegen Eins zu wetten, daß Mussolini darauf spekuliert, sich seine Stellung zur Zollunion irgendwie *abkaufen* zu lassen. Welch ein verächtlicher Kerl! Aber möge man darüber im „revisionistischen“ Lager nicht allzusehr entzückt sein; denn daß Mussolini in jedem Fall als Bundesgenosse die *Unzuverlässigkeit*, ja Treulosigkeit selbst ist, muß jedes Kind sehen. Die Rechnung wird ihm dafür schon gestellt werden.

Auch was im fernen und nahen asiatischen *Osten* vor sich geht, gehört für uns in diesen Zusammenhang. Denn immer wieder müssen wir es uns klar machen: *Der Osten erhebt sich, und wenn Europa fortfährt, sich selbst zu zerfleischen, wird es sehr bald auch in dieser Beziehung verloren sein.* Wir müssen für unsere europäischen Fragen *Perspektive* bekommen!

In *China* sind die inneren Wirren freilich noch nicht zu Ende. Gegen Tschiang-Kai-Scheck erhebt sich nicht bloß der mehr revolutionäre Süden, sondern auch eine gemäßigte, aber gegenreaktionäre Bewegung im Norden und anderwärts, noch abgesehen von der immer wieder aufflammenden kommunistischen. Das hindert China nicht, die sogenannte Exterritorialität, d. h. das Recht der Fremden auf eigene Gerichtsbarkeit zu kündigen. Es ist ganz klar, daß sich hier eine riesige Macht erhebt, die eines Tages ihr volles Gewicht zur Geltung bringen wird. Der jetzt sich noch mühsam aufrichtende Riese wird eines Tages *stehen*.

Dies gilt natürlich auch von *Indien*. Dort scheint im übrigen das Problem jetzt so zu stehen, daß auf der einen Seite das Verhältnis zwischen den Muhammedanern und den Hindus große Schwierigkeiten für den Aufbau des neuen Indien bereitet und auf der anderen die sozial-revolutionäre Bewegung, die unter der Führung von Subhas Bose und Jawarharlal Nehru steht, sich immer stärker regt. Viel Werg an Gandhis Spinnrocken. Und keine leichte Aufgabe für den neuen Vizekönig Wimbledon, der an die Stelle des abtretenden Irwin tritt. An diesem hat sich, wie an Gandhi gezeigt, was möglich wäre, wenn man einmal in der Politik ernstlich mit *Gott* rechnete!

Auch am Erwachen *Vorderasiens* (und Aegyptens) besonders dem Zusammenschluß des Arabertums, ist nicht zu zweifeln. Wer es doch tun wollte, der lese das neue Buch von unserem Freund und Mitarbeiter Dr. Hans Kohn: „*Nationalismus und Imperialismus im Vorderen Orient*“, das eine Ergänzung zu seiner „Geschichte der nationalen Bewegung im Orient“ bildet.²⁾ Europa, du bist genügend gewarnt.

2. Nationalismus, Faschismus und Gegenspieler.

Neben der Zollunion ist in der Berichtszeit die *spanische Revolution* im Vordergrund des Interesses gestanden. Man hat sich vielleicht ein wenig darüber gewundert, daß ich im letzten Bericht nicht noch kräftiger meine Freude über dieses Ereignis ausgesprochen habe. Das war nun zum Teil mehr zufälliger Art: es reichte dazu Zeit, Raum und Kraft nicht mehr recht; aber es hatte zum Teil noch einen tieferen Grund: man wird gegen solche Ereignisse allmählig etwas vorsichtig. So sehr man sich über sie freut oder freuen möchte, weiß man doch

¹⁾ Die Voraussage hat sich inzwischen mehr als erfüllt: Briand ist *gestürzt*, und zwar nicht einmal durch eine scheinbare Beförderung, sondern durch Verfassung einer solchen. Ob er wiederkehrt, ist die Frage.

²⁾ Es ist im Sozietäts-Verlag, Frankfurt am Main, erschienen.

nie, was für eine Wendung sie noch nehmen könnten. Und schon sind ja die Trübungen da.¹⁾ Aber es ist im übrigen sicher eine herrliche Sache. Mich freut daran vieles noch ganz besonders: so die föderalistische Gestaltung, die ausgerechnet dieses lateinische Volk sich geben will, während das deutsche dem Zentralismus zutreibt, wobei man doch meinen sollte, der Föderalismus sei die dem *germanischen* Wesen am meisten angemessene Lebensform; so die Einführung eines Wirtschaftsrates neben dem politischen Parlament; so die Herabsetzung des Heeres von 167 000 auf 100 000 Mann; so der soziale, ja sozialistische Zug (Ministerpräsident Zamora: „Ich bin ein entschlossener Parteigänger der sozialen Gerechtigkeit“); so die Aufteilung des Großgrundbesitzes (die, wenn sie *richtig* angefaßt wird, eben doch ein Segen werden kann); so die neue Freiheit des religiösen und kirchlichen Lebens (die der katholischen Kirche nur gut tun wird); so die Einladung Trotzki, sich in Spanien ein Asyl zu suchen (ein Akt der Hochherzigkeit) und die gleiche an die italienischen Antifaschisten; so vieles andere.²⁾

Aber besonders gut ist ja sicherlich, daß wieder eine Diktatur gestürzt ist. Darin liegt eine Weisagung für andere. Die Freude aller Antifaschisten und die Trauer aller Faschisten ist berechtigt.

Mit dem *Faschismus* geht es ständig auf und ab. Ein Wahlsieg wie der in Schaumburg-Lippe ist nicht sehr wesentlich. Das *Volksbegehren* des Stahlhelms, das die Auflösung des preußischen Landtages verlangt, hat nicht überwältigende Zahlen erreicht (5,9 Millionen Stimmen; bei der endgültigen Abstimmung wären 14 Millionen nötig, wenn es siegen wollte). Vor allem ist Hitlers politische Haltlosigkeit ein Element des Zerfalls. Neuerdings hat er den Verzicht auf Elsaß-Lothringen und die Kolonien erklärt (welch letzteren nicht einmal unsereins billigt!) und jene Phantasien von einem deutschen Vordringen „in den menschenleeren Raum im Osten“ entwickelt, die schon in seinem „Kampf“ einen so breiten Raum einnehmen. Dergleichen Kindereien eines Mannes, welcher der Retter Deutschlands sein soll, müßten, sollte man meinen, doch bald zu einer Götzendämmerung führen. Auch Mussolini geht es keineswegs gut. Das Techtelmechtel mit dem Bolschewismus, das in Handelsabkommen Ausdruck findet, ist zwar bedeutsam (die beiden Bewegungen sind doch sehr verwandt, das zeigt sich immer klarer), wird ihm aber schwerlich viel helfen. Das Attentat des „Anarchisten“ Schirru scheint ihn sehr eingeschüchtert zu haben. Er wütet wieder besonders gegen seine „intellektuellen“ Gegner (Fall Moulin und so fort). Aber, so scheint es, mit gebrochener Kraft. Der Prozeß gegen die Intellektuellen ist jedenfalls sistiert worden. Im übrigen wird neben der zeitweilig gespielten Rolle der Friedestiftung die Militarisierung des Landes fortgeführt. Nachdem, wie wir berichtet, die ganze männliche Bevölkerung diesem Prozeß verfallen ist und den „Tag des Herrn“ dem Moloch hergeben muß, wird nun über die ganze Zivilbevölkerung überhaupt dieses Teufelsnetz geworfen. Auch die Frauen und alle Minderjährigen, die über sechzehn Jahre alt sind, sollen im Kriege zum „Zivildienst“ herangezogen werden, ebenso sämtliche nicht militärpflichtigen Männer bis zum siebzigsten Jahre. Die ganze Bevölkerung wird unter das Kriegsgesetz gestellt, ist unter schwerster Strafe zu schnellstem und unbedingtem Gehorsam gegen die Zivilbehörden verpflichtet und hat im Kriegsfall an der „Landesverteidigung“ unter Kriegerrecht teilzunehmen. (Die Lex Boncour macht Schule!)

Eine Kompensation für die mannigfaltigen Mißerfolge des Faschismus scheinen die Vorgänge in *Rumänien* zu sein, wo er ans Ruder gekommen sei. Warten wir ab.

Wie übrigens heute die verschiedenen Tendenzen ineinandergreifen und die Nationalismen durch (oft nationalistisch gefärbte) Internationalismen durchkreuzt

¹⁾ Die Zerstörung der vielen Klöster durch Volksmassen ist selbstverständlich tief zu bedauern, aber sie muß doch wohl auch als Mahnung und Warnung beurteilt werden.

²⁾ Die Einladung an Trotzki scheint vorläufig allerdings wieder zurückgezogen worden zu sein.

und überboten werden, zeigt die von deutschen Kommunisten betriebene *Spionage* in den Fabriken des Chemietrustes (!) zu Gunsten ihres „wahren Vaterlandes“, Sowietrußland!

Dort geht neben der fieberhaften Anstrengung für den Fünfjahrplan und dem ewig sich erneuernden Kampf gegen die Opposition und dem mehr privaten gegen die Religion bedeutamer Weise einer gegen die *Wissenschaft* einher. Diese soll auch ganz und gar „planiert“, d. h. in den Dienst des Bolschewismus gestellt und allem freien Wahrheitsfuchen entzogen werden. „Energisch Schluß machen mit der Neutralität in der Wissenschaft! Parteiergreifung in der Wissenschaft! Unterstellung der wissenschaftlichen Forschung unter einen klaren bolschewistischen Plan!“ Darin liegt, wie im ganzen Bolschewismus, eine Wahrheit, nur eine *verirrte* Wahrheit! Die Spitze dieses Kampfes richtet sich gegen die altberühmte „Akademie der Wissenschaften“ in Petersburg. Dort werden, wie an andern Stellen schon längst, alle bedeutenden und selbständigen Geister durch Parteikreaturen und darum Mittelmäßigkeiten oder Charakterlumpen ersetzt. Etwas, das übrigens auch sonst Regel zu werden droht!

3. Die Friedensbewegung.

Neben jener internationalistischen und industriellen erscheint die militärische und nationalistische *Spionage* wie ein Gespenst. Einer französischen Affäre in Deutschland (Königsberg) entspricht eine deutsche in Frankreich (Straßburg!). Was für gemeine Dinge! Ähnlich muten die *belgischen Befestigungen* an, gegen welche sich übrigens ein ziemlicher Widerstand regt. Die *Giftgase*, welche in Harburg-Wilhelmsburg (16 Tote) und noch viel verderblicher in Rio de Janeiro (hier 100 Tote) ausgebrochen sind, zeigen, was *jetzt* Trumpf ist! Das haben unsere schweizerischen Militaristen gemerkt. Nachdem der große Volksbetrug mit dem Flugzeugkredit gelungen ist, wollen sie es mit einem womöglich noch größeren veruchen: einem Kredit für den *Schutz der Zivilbevölkerung* gegen das Giftgas. Nur weiter so, ihr werdet eines Tages erfahren, wie viel euch all dieser Schwindel nützt! Daß das *Rote Kreuz* ihn nun auch auf dem „nationalen“ Boden mitzumachen scheint, steht in wundervoller Harmonie zu der Einweihung des Denkmals seines Gründers *Henri Dunant*, die letzthin auf dem Sihlfriedhof in Zürich stattfand und zu der Tatsache, daß dort Motta eine seiner bekannten Reden losließ, an die immer noch einige helvetische Kindsköpfe glauben.

Die wahre Stimmung der Bevölkerung wird durch den Erfolg der *Unterschriftensammlung der Frauenliga* gekennzeichnet. Es dürften schon jetzt etwa 100 000 Unterschriften beieinander sein. Ganze Dörfer unterzeichnen fast einstimmig. Von allen Seiten werden die Unterschriftenbogen verlangt. Kein Wunder, daß die Angst und Wut und auch die Gemeinheit unseres journalistischen Militärklüngels entsprechend wachsen. Die Mittelpresse arbeitet mit Hochdruck. Der Kommunistenpopanz muß gegen die Frauenliga herhalten. Die allermeisten bürgerlichen Blätter bleiben für ihren Aufruf und auch ihre Abwehr von Verleumdung gesperrt. Schweizerfreiheit — Pressefreiheit! Und trotzdem schon 100 000 Stimmen. Auf die Länge schützt selbst dieser Lügenwall aus Zeitungspapier die Götzen unserer Tage nicht mehr.

Die Wälle brechen überhaupt. Ein deutscher Sozialdemokrat, *Hausmann*, hat sich offen zum Recht der sogenannten Drückebergerei im Kriege bekannt. Drauffhin Maßregelung (wenn ich nicht irre) oder doch Androhung einer solchen, aber nun stehen pazifistische Kreise ganz offen auch dafür ein. Edler ist natürlich die Dienstverweigerung. Größtes Aufsehen hat Jahre hindurch der Fall unseres Freundes *Premysl Pitter* gemacht. Darüber erhalten wir folgende Mitteilung:

„Vor dem Obersten Gerichtshof in Brünn kam heute die Berufung des Pazifisten *Premysl Pitter* gegen seine Verurteilung zur Verhandlung. Der Tatbestand ist kurz folgender:

Bei einer von der Polizei vorgenommenen Hausdurchsuchung wurde bei ihm die Kopie eines Briefes an *Pavla Moudrá* vorgefunden, sowie die Uebersetzung eines Resolutionsentwurfes gegen die militärische und vormilitärische Erziehung,

die jenem Briefe beigegeben war. In dieser Resolution war die Stelle enthalten: „Brante se vychove k umeni zabijet!“ (Wehrt euch gegen die Erziehung in der Kunst zu töten!) Auf Grund dieses Tatbestandes wurde Premysl Pitter mit Urteil des Kreisgerichtes in Straßbach vom 5. 12. 1929 des Verbrechens der nicht vollbrachten Verleitung zum Verbrechen nach § 15 des Schutzgesetzes (Aufreizen zum massenweisen Begehen eines Vergehens nach dem Wehrgesetz) schuldig erkannt und zu zwei Monaten Kerker verurteilt.

Gegen das Urteil hat Premysl Pitter die Nichtigkeitsbeschwerde eingebracht, über welche heute das Oberste Gericht in Brünn verhandelte. Die Nichtigkeitsbeschwerde des Angeklagten wurde verworfen. In der mündlichen Verhandlung wurde vom Verteidiger ein neuer Nichtigkeitsgrund geltend gemacht. Der Vertreter der Generalprokuratur erklärte, daß er sich den Ausführungen des Verteidigers hinsichtlich dieses Nichtigkeitsgrundes anschließt und ebenfalls die Aufhebung des Urteils I. Instanz beantragt. Trotzdem hat das Oberste Gericht gegen den Generalprokurator die Nichtigkeitsbeschwerde verworfen, wodurch das Urteil Rechtskraft erlangt.

Premysl Pitter wurde von Dr. Heinr. Groag in Brünn verteidigt.

Durch diese Verurteilung wird die Amnestie, welche Premysl Pitter bezüglich einer früheren Verurteilung genoß, hinfällig. Weil er Dienstverweigerern aus Gewissensgründen im Gefängnis Briefe geschrieben hatte, wurde er auf Grund dieser Briefe angeklagt, zum Beharren im verbrecherischen Handeln ermutigt zu haben und deshalb zu drei Monaten verurteilt.

Premysl Pitter wird also eine Strafe von *fünf Monaten* Kerker abzubüßen haben.“

Zu den Stimmen dieser „Schwachen“ kommt die eines „Starken“. Präsident Hoover hat neuerdings wieder in einer großen Rede dringend zur Abrüstung aufgefordert. Er darf es, denn er ist selbst in dieser Sache stets mit dem guten Beispiel vorangegangen und hat den Quäker nicht verleugnet. 25 Milliarden geben nach ihm die Völker der Erde jährlich für die Kriegsrüstungen aus. Man bedenke: 25 Milliarden jährlich! Das sind in zehn Jahren 250 Milliarden, wohl mehr als doppelt so viel als alle Kriegsschulden und Reparationen im Gegenwartswert! Hoover hat besonders die *Kaufleute* aufgefordert, sich dieser Sache anzunehmen. Mit Recht. Sie haben Grund dafür. Was wird aber die „Neue Zürcher Zeitung“ dazu sagen — nämlich für die Schweiz?

4. Soziales und Sozialistisches.

Die soziale Gärung und Katastrophenatmosphäre nimmt nur immer zu, besonders in Mitteleuropa. Ihr deutlichster Ausdruck, die *Arbeitslosigkeit*, nimmt nicht einmal so weit ab, als es die „Saifon“ erwarten ließe. Man rechnet in Deutschland auch für den nächsten Winter mit fünf Millionen Erwerbslosen. Man rechnet...! Vielleicht ist im nächsten Winter dann schon nichts mehr zum Rechnen! Ob die sogenannte Vierzigstundenwoche, welche es ermöglichen soll, eine größere Zahl von Arbeitern einzustellen, wirklich durchgesetzt werden kann, bleibt abzuwarten. Aussehen tut sie allerdings wie ein Anfang von „Planwirtschaft“. Das *Internationale Arbeitsamt* schlägt nach langem Studium zur Abhilfe zweierlei vor, eine internationale Arbeitsbörse zur Vermittlung von Arbeit und große internationale Werke: Autostraßen, Kraftlinien, Kanäle und so fort. Es scheint darüber niemand sonderlich erbaut zu sein, ob mit Recht oder mit Unrecht entzieht sich unförmig Urteil.

Inzwischen geht der *Lohnabbau* vorwärts. In Deutschland soll er nächstens die Beamten erfassen. Von denen der Reichsbahn, natürlich nur die oberen, werden Riesengehälter berichtet. Der *Preisabbau* hat, wie zu erwarten war, wenig erreicht. Dagegen wollen die Bäckermeister in der Zeit des Getreideüberflusses mit dem Brotpreis in die Höhe! Schrecklich ist die Lage der *Landwirtschaft* in Deutschland und andern Ländern. Man will dort mit Roggen- und Weizenzöllen von unsinniger Höhe und mit riesigen Subventionen helfen, aber ob es wirklich hilft?

All den ungeheuren politischen und wirtschaftlichen Problemen der Zeit gegenüber verharret der nichtkommunistische Sozialismus in einer gewissen unerschöpflichen Stagnation, während der kommunistische, auf seine Weise allerdings, aktiv genug ist. Man beschränkt sich fast ganz auf die Abwehr und den üblichen Parteibetrieb; eigene Initiative und eigene, dem Sozialismus entsprungene Lösungen, eigene gestaltende Gedanken treten kaum hervor. Die Resolution der Exekutive der Zweiten Internationale in Sachen der Zollunion ist so nichtsagend und doppeldeutig, wie ein Sozialismus sein muß, der, weil der in diesen Dingen keine konkreten und organischen Ziele hat, in kritischen Situationen entweder leer dasteht oder den Parolen des Nationalismus und Imperialismus verfällt. Ob die englische Arbeiterregierung in diesem Falle einen eigenen und wirklich sozialistischen Weg geht, bleibt abzuwarten. Henderson kann natürlich nicht immer, was er will. Unbehagen über diese Sachlage gibt es innerhalb des Sozialismus genug, aber es wird nicht aktiv oder wird zum Abfall nach rechts oder links. Bedeutsam ist, daß fast überall der Grad des sozialistischen *Antimilitarismus* auch den Grad der sozialistischen *Lebendigkeit* überhaupt angibt. In *Holland* bedeutet dies etwas Positives. Wir haben schon darüber berichtet, bis zu welchem Grade des antimilitaristischen Radikalismus dort die Sozialdemokratie sich entwickelt hat. Auf ihrem letzten Parteitag wollte eine bis nahe an die Mehrheit reichende Minderheit sich dem Vorgehen der englischen Unabhängigen Arbeiterpartei anschließen, über welches die letzte Monatschau berichtet. Für den sozialistischen Parteitag in *Frankreich* schlägt Professor Philipp in Lyon, neben Passy der Führer des religiösen Sozialismus in Frankreich, eine scharfe antimilitaristische Haltung vor. Die *Steuer* auf den *Grundbesitz*, die Snowden in sein Budget eingefügt hat, ist jedenfalls ein energischer Versuch. Daneben gibt es immer wieder Wahlerfolge. So ist *Stockholm* erobert worden. Daß aber eine Stadt wie Berlin ein riesiges Gas- und Elektrizitätswerk einer privaten Gesellschaft verkaufen muß, unter der Bedingung freilich, daß sie 40 Prozent vom Gewinn erhalte, ist auch eine starke Niederlage des Sozialismus. „Sozialismus, erwache!“

5. Schweizerisches.

Bundesrat *Musy*, der Führer der rein politischen und politisierten, mit dem Großkapitalismus verbundenen Richtung und Gruppierung im schweizerischen Katholizismus, gibt sich von Zeit zu Zeit als Staatsmann, Denker und beinahe Schöngest. So hielt er neuerdings in Zürich eine ein bißchen sensationell aufgemachte Rede, worin er u. a. als erwünschte und auch tatsächliche Entwicklung der Schweiz eine „konservative und kapitalistische Demokratie“ bezeichnete. Man vergleiche dazu die Äußerungen von Führern des katholischen Lebens, ja des Papstes selbst, die wir im Laufe der letzten Jahre gebracht haben und besonders auch die des Jesuitenpaters in diesem Heft. Es ist vielleicht bald der Tag da, wo für diese „konservativen und kapitalistischen“ Katholiken niemand eine größere Verlegenheit sein wird, als der Papst! Inzwischen ist mir jedes freidenkerische Wüßten lieber als das Bündnis von Geldsack und Weihwassergefäß!

Der Parteitag der *freisinnigen Partei* hat als Novum die *eidgenössische Gesetzinitiative* auf das Programm genommen. Das wäre etwas, wenn man's wirklich ernst meinte. (Wir haben bis jetzt auf dem eidgenössischen Boden ja nur die Verfassungsinitiative.) Wirklich lebendig scheint es auf der Tagung der „*liberalen Jugend*“ in Flüelen zugegangen zu sein. Hier wurde wirklich mit aktuellen Problemen gerungen, vor allem mit dem der Demokratie. Daß man diese, nach den Zeitungsberichten, ohne Wanken festhalten will, wenn auch vielleicht in einer gewissen Verbindung mit dem „Korporationsstaat“ (was an sich gar kein falscher Gedanke ist), mag als gutes Zeichen gewertet werden. Dieses Erwachen könnte einem in Parteifattheit und Strebertum steril gewordenen Sozialismus eines Tages noch zu schaffen machen.

Bis nach *Neuchâtel* hat freilich das bürgerliche Erwachen noch nicht gereicht. Dort ist es gelungen, den Genossen *Paul Graber*, einer der besten Führer des schweizerischen Sozialismus, vom Regierungsrat fernzuhalten, trotzdem alle bür-

gerlichen Parteien zusammen gegen seine 13 000 nur 15 000 Stimmen aufbrachten und bisher noch kein Sozialist im Regierungsrat sitzt.

Noch etwas Wichtiges: Die Schweiz sucht eine neue *Nationalhymne* und hat trotz einer Ausschreibung keine gefunden. Ich möchte den Herren raten, zuerst eine — *Schweiz* zu suchen.

Auf die soziale Schichtung der Schweiz wirft die neue *Fabrikstatistik* ein Licht. Es beläuft sich die Gesamtzahl der schweizerischen Industrie-, Handels-, Hotel- und Transportunternehmungen auf 218 000, mit einer Gesamtzahl von 1 260 000 beschäftigten Personen, die Heimarbeiter nicht inbegriffen.

Seit der letzten Betriebszählung im Jahre 1905 stieg die Zahl der beschäftigten Personen um 284 000, während gleichzeitig diejenige der Unternehmungen um 9000 sank. In der Industrie ist die Abnahme der Unternehmungen noch viel ausgeprägter: 20 000 weniger als 1905. Sie wird jedoch aufgehoben durch die Zunahme der Zahl der Handelsunternehmen.

Die Zahl der in Industrie und Gewerbe beschäftigten Personen stieg von 640 000 auf 810 000 und diejenige der im Handel tätigen von 221 000 auf 319 000. Der Großhandel umfaßt heute 10 000 Unternehmen mit 48 000 Personen.

Daraus ergibt sich, daß die Hotelindustrie mit ihren 28 000 Unternehmen und 120 000 Angestellten in der Schweiz nicht diejenige überragende Rolle spielt, wie man dies oft anzunehmen geneigt ist. Nichtsdestoweniger bleibt sie ein wichtiger Faktor der Volkswirtschaft.

Aus der genannten Statistik geht auch einmal mehr die Bedeutung der industriellen Konzentrationsbewegung hervor, die in der Schweiz wie andernorts in Erscheinung tritt. Man zählt in der Schweiz 126 Unternehmen mit über 500 Personen. Zusammengenommen beschäftigen sie 133 000 Personen, oder 11 Prozent der Gesamtheit; 144 Unternehmen beschäftigen 200—500 Personen, zusammen 122 000 Personen, so daß also der fünfte Teil aller in der Industrie oder im Handel beschäftigten Personen in Unternehmungen von über 200 Personen arbeiten.

Die in den verschiedenen industriellen Unternehmungen verwendeten Motorenkräfte machen über 900 000 PS aus. Das Gewerbe wird immer mehr motorisiert, und in den letzten Jahren fanden immer mehr kleine elektrische Motoren und kombinierte Maschinen Verwendung.

6. Kultur und Natur.

Der Fall Kürten hat inzwischen seinen Abschluß gefunden. Er ist nur immer grauenhafter geworden. Nun handelt es sich darum, ob das neunfache Todesurteil vollzogen werden soll oder nicht. In Erwartung des neuen Strafrechtes hat scheint's der preußische Justizminister in den letzten Jahren keine Todesurteile mehr vollstrecken lassen. Nun ist freilich der Fall Kürten einer von denen, wo man die volkstümliche Empfindung: „Fort mit einem solchen Scheufal vom Angesicht der Erde!“ — besonders gut begreifen kann. Trotzdem — es gilt auch hier, fest zu bleiben. Man darf auch hier in den alle Menschlichkeit vor dem Untergang schützenden Damm, der da heißt: „Heiligkeit des Lebens“, keine Bresche schlagen. Gerade diese Heiligkeit des Lebens, gegen die dieser Mensch (oder Unmensch), vom Teufel beherrscht, sich so schwer veründigt hat, wird durch die Todesstrafe, so wie wir sie heute empfinden müssen, erst recht verletzt.

Es scheint mir überhaupt eine Bemerkung am Platze, da ich in all den Kommentaren zu den Fällen leider umsonst gesucht habe: Darf man in einer Zeit, welche diese Heiligkeit des Lebens von dessen heiliger Quelle an bis zu seinem irdischen Ende auf jede Weise mißachtet und mit Füßen tritt, sich verwundern, wenn das schließlich zu Konsequenzen führt, wie sie in Kürten hervortreten? Diese Bemerkung gilt auch jenen „Modernen“, die sich für Kürten gegen die „Pharisäer“ einsetzen! Im besonderen darf und muß an den Zusammenhang einer solchen Erscheinung mit Krieg und Militär gedacht werden. Im übrigen sei an das Buch von *Kambli*: „Die Heiligkeit des Lebens“ erinnert.

Die Heiligkeit des Lebens ist natürlich nur ein Teil der Heiligkeit des Men-

schen überhaupt. In *Deutschland* gibt der Fall *Bullerjahn* viel zu reden. Es handelt sich um einen wegen Verrates militärischer Geheimnisse seit Jahren im Gefängnis Schmach tenden, an dem wahrscheinlich, auf Denunziation eines mächtigen, selbst sehr fragwürdigen Herrn hin, ein Justizverbrechen verübt worden ist. Der „Kampf ums Recht“ hat in einem solchen Falle höchste sittliche Wichtigkeit. (Darin hat Jakob Wassermanns „Fall Mauritius“ recht.)

Auch die *Natur*! Man kann es ihr nicht verargen, wenn sie sich empört. Wieder hat, im *Südkaucasus*, ein *Erdbeben* 1000 Menschenleben vernichtet und viele tausende, dazu entsprechende Sachgüter, geschädigt und verwüstet.

7. Kirche und Religion.

Dauernd steht die *Aktion der katholischen Kirche* im Vordergrund. Für Deutschland bleibt ihr entschlossener Kampf gegen den Nationalsozialismus (den ich nicht „geschichtsmaterialistisch“ oder sonst so erkläre!) als eine Tatsache da, die umso bedeutsamer wird, wenn man damit die Haltung des Protestantismus vergleicht, dessen geistliche und weltliche Vertreter in Masse vom Kreuze Christi zum Stahlhelm und Hakenkreuz abfallen — vielleicht, was das Schlimmste ist, sogar im Namen des Kreuzes Christi. Das „positive Christentum“ muß heute von den Religiösen Sozialisten und ihren Gefinnungsgenossen in den andern Lagern (wozu *teilweise* der „Volksdienst“ gehört) gegen die „positiven Christen“ verteidigt werden.

In Italien selbst tobt ein erbitterter Kampf zwischen dem im Grunde antifaschistischen Papsttum und dem Faschismus. Dabei handelt es sich nach der Natur der Dinge um das Thema: „Aut Christus, aut Caesar“ in einer neuen Abwandlung. Der große Fehler der Lateranverträge dürfte inzwischen vielen guten Katholiken klar geworden sein. Anlässe für den Zusammenstoß bilden neuerdings vor allem das Vorgehen des Faschismus in den von Italien annektierten Teilen von Südflavien, wo jener ein wahres Schreckensregiment führt, gegen das aber auch der Erzbischof von Agram mutig aufgetreten ist, und in Italien selbst die „*Azione cattolica*“, deren Wirkungskreis vom Faschismus eingeengt und namentlich von dem Gebiete des sozialen Lebens, z. B. von jedem Einfluß auf die Gewerkschaftsbewegung völlig abgedrängt wird. Hier tritt das Papsttum, seiner alten Mission treu, dem Staatsabsolutismus entgegen. Wenn es ihn nur nicht selbst durch die Lateranverträge seinen Tribut erstattet und damit seiner Opposition das Rückgrat gebrochen hätte. Es erscheint auch als inkonsequent, wenn sich der Vatikan unter Berufung auf jene Lateranverträge über die protestantische Propaganda beklagt. Man kann nicht den Faschismus gleichzeitig bekämpfen und benutzen. Aber der Streit will jedenfalls nicht aufhören. Der Faschismus will ein „*regime totalitario*“, also das, was man früher den absoluten Staat nannte; er erträgt kein Hineinreden einer andern Macht in weltliche Angelegenheiten. Der Papst erwidert: „Was das totalitäre Regime des Staates betrifft, so muß es in dem Sinne verstanden werden, daß die Totalität der Bürger vom Staate in dem abhängen muß, was des Staates ist. Ohne Zweifel muß man ihm einen *subjektiven* Totalitarismus zubilligen, aber nicht einen *objektiven*, in dem Sinne, daß alle Bürger von ihm auch in dem abhängig wären, was das individuelle, familiäre, geistige, übernatürliche Leben betrifft. Das übernatürliche Leben ist durch Jesus Christus der Kirche, nur allein der Kirche, anvertraut worden.“

Daß dieser Konflikt zwischen den beiden Mächten in Italien sich auf die ganze Christenheit erstrecken muß, ist klar. Jedenfalls ist so die katholische Kirche auf ihre Art, wie oft schon, ein Schutzwall gegen Absolutismus („Totalitarismus“) des Staates, des Blutes, der bloßen Natur.

In dem Kampfe, den die tapfere Zeitschrift „Das frohe Leben“ unternommen hat, um den Katholizismus, die „katholische Aktion“ inbegriffen, von aller politischen Parteipolitik zu trennen, hat der Vatikan gegen es für das Zentrum als angemessenes Organ der katholischen Politik entschieden — was sicher nicht definitiv sein kann.

Fortdauernd ebenso erstaunlich wie erfreulich ist dagegen eine gewisse Haltung hochgestellter und lebendiger katholischer Kreise dem *sozialistischen Problem* gegenüber. Das kann man schon im Kleinen beobachten. So hat bei einem Arbeitskonflikt in Bütschwil im Toggenburg (St. Gallen) für eine musterhafte Haltung der katholischen Arbeiterschaft und ihrer Leitung zweifellos die Parole des Bischofs Scheiwiler von St. Gallen den Ausschlag gegeben. Und nun vergleiche man die in diesem Heft wiedergegebene Predigt, welche der sehr bekannte Jesuitenpater *Georg Bichlmair* am 26. April dieses Jahres, also kurz vor dem 1. Mai, in der Kirche Am Hof in Wien gehalten hat. Ist das nicht ein Bekenntnis zum Sozialismus? Man beachte auch den Hinweis auf die in Bälde zu erwartende Enzyklika des Papstes über Kapitalismus und Sozialismus. Sie kann ein großes, vielleicht entscheidendes Ereignis sein.

Und nun sehe ich zum Schlusse, daß ich, ohne es zu beabsichtigen, eine *Pfingstbetrachtung* geschrieben habe. Denn drängt sich bei der Betrachtung der heutigen Weltlage mit all ihren Problemen, Nöten und Verwirrungen nicht der Gedanke auf: „Ach, wenn ein Hauch *Heiligen* Geistes in all dieses Wesen führe, jenes Geistes, der über Gandhi und Irwin war, als sie tagelang miteinander über Indien verhandelten — ach, daß er hineinwehte, dieser Hauch! Wie würde sich die Welt sofort verwandeln!“

Am Tage vor dem Königsfest Christi 1931.

L. R.

Hungersnot in China. (Mitgeteilt.)

Die Europäische Zentralstelle für kirchliche Hilfsaktionen, Genf, erhielt unter dem 26. September vom National Christian Council in Shanghai, der Uebermittelungsstelle für Amerika und Europa, einen Bericht der englischen Baptisten-Mission in Sianfu/Shensi, ebenso von der skandinavischen Mission in Siam, ebenfalls in der Provinz Shenfi. Beide Berichte sind datiert von Ende August und zeigen, daß die Hungersnot nicht nur nicht vorüber ist, sondern daß neue, schwere Befürchtungen für den Winter bestehen. Die Baptisten-Mission in Sianfu teilt mit, daß sich die Untersuchung bisher auf 15 der 45 Distrikte in Zentral-Shenfi erstreckt, und daß in diesem Gebiete, in dem heute von zwei Millionen Menschen noch eine Million leben, gegenwärtig 700 000 vom Hungertode bedroht sind. Die Ausichten auf die Herbsterte sind durch Trockenheit und Heuschrecken vernichtet worden. Jüngst gefallener Regen erlaubt die Ausfaat von Buchweizen, aber man fürchtet, daß die Heuschrecken die Saat zerstören werden.

Es wird also Hilfe gesucht, um 700 000 Menschen während acht Monaten vor dem Hungertode zu bewahren. Das kann mit einem Dollar pro Kopf und pro Monat geschehen. Der Bericht gibt die möglichen Vermittlungsstellen an, die im Hungergebiete selbst arbeiten und Hilfe direkt verteilen können, nämlich: die Skandinavische Mission, die englische Baptisten-Mission, die römisch-katholische Mission und das Internationale Hilfskomitee in Shenfi. Die mögliche Hilfe, die von diesen Stellen ausgehen kann, wird auf 3 350 000.— Dollar geschätzt.

Der Bericht beruht auf persönlichen Eindrücken, die Mr. Baker im Auftrage der Hilfsstellen auf einer Reise durch das Hungergebiet gesammelt hat. Wie schrecklich die Heuschrecken unter der neuen Herbsterte wüten, zeigt folgendes Beispiel: An einem Morgen sah er auf einer Reise von Sanyuan aus Maisfelder, die mannshoch standen. Als er am Abend zurückkam, waren sie bis auf zwei Fuß über dem Erdboden von den Heuschrecken abgefressen. Der Eindruck der Bevölkerung, die mit Fahnen die Heuschrecken in Bewegung zu setzen versucht, war erschütternd.

Der skandinavische Bericht beruht auf einer Informationsreise des Agenten Vatfaas. Er sagt mit nüchternen Worten, daß die Hälfte der jetzt im Hungergebiete lebenden Bevölkerung in diesem Winter sterben oder auswandern muß. Besonders hat betroffen sind folgende Gebiete: Ch'ang Au, Hsienyang, Hsingping, Fufeng, Wukung, Kishan, Lungchow, Lichuan, Chingyang, Sanyuan, Kaoling, Pucheng, N. Weinan, N. Lintung, Kienyang. Zwar ist kürzlich Regen gefallen, aber auch nach diesem Bericht fressen die Heuschrecken die wachsende Saat zu-

fehends bis auf den Grund, so daß keine Hoffnung besteht; zudem haben Regengüsse das Land verwüstet. Die einzige Hoffnung sieht der Berichtstatter in der Anpflanzung von Buchweizen, aber woher soll die Saat kommen und wie viele Bauern können sie sich verschaffen, fragt Herr Vatfaas. Keine frühere Hungersnot ist mit der jetzigen vergleichbar. Nach diesem Bericht ist die Verteilung von Hilfe durchaus möglich. Auch ist es möglich, durch die Durchführung öffentlicher und gewinnbringender Arbeiten Kapital anzulegen.

Das National Christian Council garantiert die Vertrauenswürdigkeit dieser beiden Zeugen, die beide Erfahrung haben, und schreibt zum Schluß: Es besteht kein Zweifel, daß sich Shenfi seit 1927 in einer ganz furchtbaren Lage befindet, und daß das Schlimmste noch bevorsteht.

Die Europäische Zentralstelle steht durch Prof. D. Adolf Keller gegenwärtig mit verschiedenen chinesischen Geschäftsträgern in Europa in Verbindung, und es hängt augenblicklich nur von der Bereitschaft der chinesischen Regierung ab, ob auch in Europa ein allgemeines gemischtes Hilfskomitee gebildet werden kann, das mit den bereits bestehenden Hilfsorganisationen zusammenwirken und dieses ganze furchtbare Menschheitsproblem studieren wird.

Anm. d. Red. Die „Neuen Wege“ nehmen Gaben für China stets gern in Empfang und leiten sie an sichere Stellen in China weiter.

Das Postulat Rochaix.

Nun hat man das *Postulat Rochaix* zum Gegenstand einer Petition gemacht, für welche in der ganzen Schweiz Unterschriften gesammelt werden. Nationalrat Rochaix verlangt bekanntlich, daß die Bundesversammlung, um zu beweisen, daß die Schweiz doch auch etwas zur Abrüstungsbewegung beitragen wolle, für das Jahr 1932 auf die militärischen Manöver und Wiederholungskurse verzichte und die dadurch ersparten drei Millionen zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz benütze.

Diese Anregung eines überzeugten Gegners des Militarismus ist an sich gewiß aller Unterstützung wert. Es ist nur fatal, daß sie nun der so viel wichtigeren Aktion der Frauenliga in die Quere kommt und daß damit Verwirrung erzeugt wird. Auch besteht natürlich nicht die geringste Aussicht, daß die Bundesversammlung einer solchen Petition irgend eine Aufmerksamkeit schenken wird. Und fraglich ist doch auch, ob es richtig ist, so viel Kraft auf eine Sache zu verwenden, die, so schön sie als Gebärde wäre, an sich nicht viel bedeutete. Man sollte sich jetzt vielleicht doch auf das Große und Wesentliche konzentrieren, wie es die Unterschriftensammlung der Frauenliga tut. Etwas mehr „concentration et coordination des forces pacifistes“ täte dringend not.

Die Gemeinde der Abgeschiedenen.

Wieder ist einer aus unserem Kreise geschieden, dessen Andenken uns besonders heilig sein muß. Im Alter von 78 Jahren ist unter verehrter und lieber Freund *Wilhelm Wehrli-Enz* von dem Ayl seiner letzten Jahre, das er in Thayngen gefunden hatte, in die höhere Welt eingegangen, der er schon hinieden mit seinem ganzen Wesen angehörte. Ein Schüler Wehrlis, jenes wunderbaren Erziehers armer Jugend, auf dem noch unmittelbar Pestalozzis Geist ruhte, ist er ein Waisenvater in diesem Geiste gewesen, darin von seiner geistesverwandten Gattin, die ihm vor kurzem vorausgegangen ist, treu und wirksam unterstützt. Beide sind sie dann unter den Einfluß von Möttlingen und Boll gekommen und haben darin die Sonne ihres Lebens gefunden. Die Hoffnung auf das Reich verlieh ihrem Gemüte zu der großen Liebe noch die große Freiheit und dazu die Jugendlichkeit des Geistes bis zuletzt. Bis zuletzt nahm der Verewigte an allem Teil, was in der weiten Gotteswelt auf dieses Ziel hinwies. Sein letztes Billet an uns bezog sich auf die Petition der Frauenliga für die Abrüstung. Seinen Glauben hat er in einem vorbildlichen Kampf mit einem schweren, vieljährigen, das Leben furchtbar hemmenden Leiden (einer fast vollständigen Taubheit) bewährt,